



Drei zusätzliche Einsatzhundertschaften für NRW

2009 ist nicht nur die Zahl Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte weiter gestiegen, sondern auch die Einsatzbelastung. Die GdP fordert von der Politik, endlich die Konsequenzen daraus zu ziehen: durch eine systematische Ausstattung des Wachdienstes mit Helm und Einsatzmehrzweckstock zum besseren Eigenschutz bei Gewaltsituationen und durch den Aufbau von drei zusätzlichen Einsatzhundertschaften in NRW.

Wovor Insider schon lange gewarnt haben, ist uns am 1. Mai dramatisch vor Augen geführt worden: Die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft insgesamt und bei einzelnen Gruppen hat weiter dramatisch zugenommen. Mittlerweile sind „Schwarze Blöcke“ bei den Linken, den Rechten und den Fußball-Hooligans anzutreffen. Ohne erkennbaren Grund greifen sie gegnerische Gruppen, Unbeteiligte und Polizisten an.

Berlin

Berlin erlebte in diesem Jahr die heftigsten Krawalle seit Jahren. Die Teilnehmer des Demo-Aufzuges „Kapitalismus ist Krise und Krieg“ warteten nicht wie sonst die Dunkelheit ab, sondern griffen bereits kurz nach Beginn ihrer Demo in Kreuzberg die Polizisten massiv an. Die Kolleginnen und Kollegen wurden mit Brandsätzen beworfen. Bis in die frühen Morgenstunden wurden Müllcontainer angezündet, Hindernisse auf die Straßen gebracht sowie Flaschen, Pflastersteine und Gehwegplatten auf die dort eingesetzten Kräfte geworfen. Bei den Ausschreitungen wurden 500 Kolleginnen und Kollegen verletzt. 289 gewalttätige Demonstranten wurden festgenommen. Gegen 44 von ihnen wurde ein Haftbefehl erlassen, bei 17 Verdächtigen wurde er vollstreckt. Gegen vier Randalierer ermittelt seither der Staatsanwalt wegen des Verdachts des versuchten Mordes.

Dies macht deutlich, welche Qualität die Gewalt inzwischen erreicht hat. Eine Verharmlosung dieser Situation ist nicht angebracht, denn inzwischen muss jedem klar sein, in welche Lebensgefahr unsere Kolleginnen und Kollegen bei Demonstrationen geraten können. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter: „Es ist schon fast ein Wunder, dass es noch keine Toten gegeben hat.“ Wer Steine, Flaschen

oder Brandsätze auf Polizisten schmeißt, begeht kein Kavaliersdelikt. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind kein Freiwild, sondern haben ebenso wie alle anderen Menschen ein Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Aus diesem Grund fordert die GdP, dass die Gerichte nicht nur den möglichen Strafraum ausschöpfen, sondern dass die Politik endlich eine Mindeststrafe für



Foto: Peter Lampe

Randalierende Fußballfans in der Düsseldorfer Altstadt nach dem Aufstieg von Fortuna Düsseldorf in die 2. Bundesliga

gewalttätige Übergriffe auf Polizisten einführt.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Ein Beispiel: Gegen einen 20-Jährigen gewalttätigen Demonstranten, der nach den Maikrawallen 2008 wegen Landfriedensbruchs in einem besonders schweren Fall (Flaschenwürfe und Entglasung einer Telefonzelle) angeklagt worden war, verhängte eine Berliner Richterin lediglich eine Verwarnung. Die Begründung der Richterin: Sie sei überzeugt, dass der junge Täter künftig keine Straftaten mehr begehen würde. Deshalb sei die „erzieherische Einwirkung“ einer

Strafe nicht mehr erforderlich. Adi Plickert, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der GdP, hält genau diesen Ansatz für „ein verhängnisvolles Signal“. Strafverzicht sei hier fehl am Platze.

Ulm

In Ulm hatten gewaltbereite linke Gruppen versucht, eine NPD-Demo zu verhindern. Bei der anschließenden Konfrontation mit etwa 1500 Rechten kam es zu schwersten Krawallen. Mülltonnen wurden in Brand gesetzt, Autos beschädigt. Durch Flaschen- und Steinwürfe wurden im Laufe der Auseinandersetzungen 50 Personen verletzt, darunter 29 Polizisten. Die Polizei verhängte 440 Platzverweise und setzte Wasserwerfer

ein, um die gewaltbereiten Gruppen zu trennen. Es erfolgten 30 Festnahmen.

Dortmund

In der Ruhrgebietsstadt stürmten 400 Rechtsextreme (die ursprünglich mit einem Zug nach Siegen fahren wollten) aus dem Bahnhof, bewaffneten sich mit Zaunlatten und Steinen und griffen ohne erkennbaren Grund die Teilnehmer der dortigen DGB-Demonstration an. Im weiteren Verlauf wurden die zuerst eintreffenden Polizisten mit einem Steinhagel empfangen. Nur dem beherzten Ein-

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

satz der zu diesem Zeitpunkt vor Ort vorhandenen Kräfte war es zu verdanken, dass es zu keinen weiteren Auseinandersetzungen gekommen ist. Frank Richter: „Die Kolleginnen und Kollegen haben sich trotz des erheblichen Eigenrisikos ohne jede Schutzkleidung zwischen die Rechten und die friedlichen DGB-Demonstranten gedrängt. Nur so war eine Trennung beider Gruppen möglich. Hierfür gebührt den Kollegen des Wachdienstes unsere Anerkennung.“ Den kurz darauf eintreffenden Einsatzhundertschaften ist es dann gelungen, die gewaltbereite Gruppe der Rechten abzudrängen und einzuschließen. Bei 404 Rechten konnten die Personalien festgestellt werden.

Einsatzsituation bundesweit

Nach den der GdP vorliegenden Informationen lagen für die bundesweiten Einsatzmaßnahmen für den 1. Mai Unterstützungersuchen für bis zu 70 Hundertschaften vor. Lediglich 30 davon konnten realisiert werden. Dies macht noch einmal deutlich, wie groß bei den Hundertschaften das Defizit an Einsatzkräften ist. Trotzdem werden in einzelnen Bundesländern noch immer Einheiten der Bereitschaftspolizei aufgelöst. Die Gesamtstärke im Bund ist in den letzten zwei Jahren um 1600 Stellen zurückgegangen – trotz wachsenden Bedarfs. Diese verfehlte Personalpolitik müssen unsere Kolleginnen und Kollegen schmerzhaft am eigenen Leib ertragen: Sie müssen sich bei ständig neuen Einsätzen gegen Brandgeschosse, Stein- und Flaschenwürfe wehren, während es sich die Politiker auf Festbanketten gut gehen lassen.

Situation des Wachdienstes

Auch die Situation im Wachdienst wird immer gefährlicher. Auch hier sind unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich zunehmender Gewalt ausgesetzt. Auch ihnen sind Situationen nicht mehr fremd, in denen sie mit Steinen, Flaschen und pyrotechnischen Gegenständen angegriffen werden. Im Gegensatz zu den Einsatzhundertschaften sind die Kräfte des Wachdienstes für solche Einsatzsituation aber weder gut vorbereitet, noch hinreichend ausgestattet. Frank Richter: „Es ist zwingend erforderlich, dass auch die Kolleginnen und Kollegen des Wachdienstes mit einem Einsatzhelm mit Visier und Nackenschutz ausgestattet werden. Ebenso erforderlich sind spezielle Handschuhe, die einen Stich- und Schlag-schutz geben.“

Weil immer häufiger Situationen zu

beobachten sind, bei denen es zwischen dem Polizeibeamten und dem Störer zu einer Distanzunterschreitung kommt, weil Polizisten auch im normalen Polizeialltag körperlich bedrängt und attackiert werden, sieht die GdP eine Eigensicherungslücke, die umgehend geschlossen werden muss. „Zwischen dem Reizstoffsprüngerät und der Schusswaffe gibt es keine ausreichende Distanzwaffe“, kritisiert Richter. „Wir fordern deshalb für den Wachdienst die Anschaffung des Einsatzmehrzweck-Stocks (EMS).“

Einsatzbelastung der Hundertschaften

Zurück zu den Hundertschaften: Deren Einsatzbelastung ist im Jahr 2009 nochmals erheblich gestiegen. Es gibt Einheiten, die in diesem Jahr bereits an zwölf Wochenenden hintereinander

Dienst versehen haben. Das sogenannte Erlassfrei ist aktuell nicht mehr das Papier wert, auf dem es steht. Zu den ständigen Wochenendeinsätzen kommt hinzu, dass die Dienstpläne auch in der Woche ständig geändert werden. Eine Verbindlichkeit, wie sie im DSM vorgesehen ist, gibt es nicht mehr. „Die Situation der Kolleginnen und Kollegen in den Hundertschaften ist nicht mehr hinnehmbar“, betont Plickert. Auch für die Hundertschaften muss es ein Maß an Planbarkeit geben. Die GdP fordert deshalb, umgehend mit dem Aufbau von drei zusätzlichen Hundertschaften zu beginnen. Nicht aus dem Bestand, sondern top down, durch Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1400 Polizeianwärterinnen und -anwärter.

Wenn der Wunsch die Wirklichkeit regiert!

Seit Monaten steht die Polizei im Rampenlicht. Kein größerer Polizeieinsatz, der nicht sofort eine Aktuelle Stunde im Landtag oder zumindest eine Debatte im Innenausschuss nach sich gezogen hätte.

Gut, dass die Politik die Polizei entdeckt hat – könnte man meinen. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Denn allzu leicht erliegen Politiker aller Fraktionen im Moment der Versuchung, sich öffentlich als Polizeiexperten zu präsentieren. Plötzlich wimmelt es im Landtag nur so von selbst ernannten Fachleuten, die Taktik und Einsatz der Polizei bis ins Detail kommentieren können. Nur: Mit der Realität, mit Strategie und Handlungsoptionen der Polizei hat das meist nichts zu tun. Der Wunsch regiert die Wirklichkeit.

Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Politik zwar viel über die Polizei redet, dass sie die eigentlichen Probleme aber noch nicht einmal zur Kenntnis nimmt. Es ist eben einfacher, öffentlich über Polizeieinsätze zu spekulieren, als ernsthaft über eine bessere Ausrüstung und die Beseitigung der Personalnot bei der Polizei nachzudenken. Dabei liegen die Fakten auf der Hand: Wer Polizisten schutzlos in Auseinandersetzungen mit gewaltbereiten Gruppen schickt, braucht sich nicht zu wundern, dass die Zahl der Verletzten steigt. Wer der Polizei seit Jahren ein Gesundheitsmanagement verweigert, braucht sich nicht zu wundern, dass der Krankenstand auf fast 20 Prozent hoch-

schnell. Wer seine Personalplanung ausschließlich darauf aufbaut, dass es über Monate hinweg kein einziges einsatzfreies Wochenende gibt, braucht sich nicht zu wundern, dass die ganze Einsatzplanung kurz vor dem Kollaps steht.

Das weiß auch die Politik. Deshalb wären die Politiker klug, wenn sie die Forderungen der GdP nach einer besseren Ausstattung der Polizei, nach Entwicklung eines Gesundheitsmanagementsystems und nach Personalverstärkung durch drei zusätzliche Einsatzhundertschaften nicht leichtfertig an die Seite schieben würden. Denn die Debatte über immer neue Polizeieinsätze wird sich schnell abnutzen. Wer dann noch immer den selbst ernannten Polizeiexperten mimt, wer nur Schaum schlägt, weil er kein Konzept für die wirklich wichtigen Fragen präsentieren kann, entlarvt sich selbst.



GdP-Vorsitzender Frank Richter fordert drei zusätzliche Einsatzhundertschaften.



POLITIK IN NRW

Gesundheitsmanagement ist überfällig

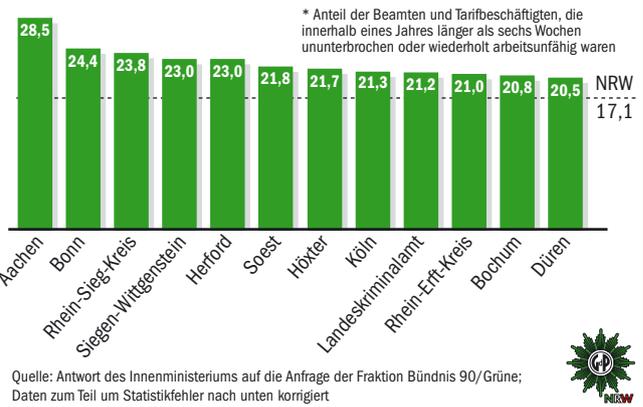
Eine Kleine Anfrage der Innenpolitikerin Monika Düker (Bündnis 90/Grüne) hat offiziell an den Tag gebracht, worauf Experten der GdP schon lange hingewiesen haben: Der Krankenstand bei der Polizei ist viel zu hoch. Jeder sechste Beschäftigte der Polizei in NRW (17,0 Prozent) ist dauerhaft krank. In zwölf der 50 Polizeibehörden des Landes lag der Krankenstand sogar über 20 Prozent (Grafik). Erfasst sind in der Statistik allerdings nur diejenigen, die in den vergangenen zwölf Monaten länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig waren. Würde man auch die kurzfristig erkrankten Polizisten hinzuzählen, läge die Krankenquote deutlich höher.

Die GdP hat die Zahlen zum Anlass genommen, um den Druck auf Innenminister Ingo Wolf (FDP) zu erhöhen, endlich für die Polizei ein Gesundheitsmanagementsystem auf den Weg zu bringen. „Die ständige Verdichtung der Arbeit, Wechseldienste rund um die Uhr, ohne die Perspektive, im höheren Alter in einen anderen Arbeitsbereich gehen zu können, das Streichen des Erlassfrei bei den Hundertschaften, der massiv gestiegene Arbeitsdruck auch in anderen Bereichen wie zum Beispiel bei der Kriminalpolizei, der Wegfall des Dienstsportes in vielen Dienststellen – all das hat seine Spuren hinterlassen“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende in meh-

renen Zeitungsartikeln. Richter fordert ein Gesundheitsmanagementsystem, das an den persönlichen Belastungen des Polizeiberufs ausgerichtet ist. Neben dem Abbau gesundheitsbelastender Faktoren tritt die GdP für eine Faktorisierung der Arbeitszeit ein. Sie würde es ermöglichen, dass Kolleginnen und Kollegen, die nach 30 Jahren im Wach- und Wechseldienst gesundheitlich angeschlagen sind, eher aus dem Berufsleben aussteigen können, ohne finanziell massiv benachteiligt zu sein. Zudem müssten die Arbeitszeiten so gestaltet werden, dass nicht nur die Erfordernisse der Einsatzplanung Berücksichtigung finden, sondern auch die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nach planbarer Freizeit, um zum Beispiel Familienaufgaben nachkommen zu können, Kontakte zu Freunden zu pflegen, oder für Hobbys. Und auch ein Sporterlass, der diesen Namen verdient, gehört mit zum GdP-Konzept.

Deutlich zu hoch

Polizeibehörden mit mehr als 20 Prozent langfristig erkrankten Beschäftigten*



In zwölf der 50 Polizeibehörden sind mehr als 20 Prozent der Beschäftigten langfristig erkrankt. Verantwortlich für den hohen Krankenstand ist neben dem in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Altersdurchschnitt der Beschäftigten vor allem das fehlende Gesundheitsmanagement bei der Polizei.

Von all dem ist die Realität bei der Polizei in NRW weit entfernt. „Die vom Innenministerium veröffentlichten Zahlen sind erschreckend“, erklärte Richter. „Sie zeigen, dass viele Kolleginnen und Kollegen am Ende ihrer Kräfte sind.“ Die Weigerung von Innenminister Wolf (FDP), ein Gesundheitsmanagement für die Polizei zu entwickeln, schadet nicht nur den Kolleginnen und Kollegen, sondern sie kommt auch das Land teuer zu stehen. Rechnet man nur den Arbeitsausfall der Dauerkranken mit rechnerisch wenigstens 31 Tagen auf die Jahresarbeitszeit hoch, ergibt sich daraus bereits eine Unterbesetzung bei der Polizei von 1000 Stellen. Zum Vergleich: Das ist fast genauso viel wie das Land im Rahmen des Projekts 1100 jedes Jahr als Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellt. Rechnet man auch die kürzer Erkrankten hinzu, liegen die Zahlen deutlich höher, bei mehreren Tausend. Die GdP dringt deshalb massiv darauf, die Ursachen des hohen Krankenstands bei der Polizei in den Blick zu nehmen. Dass das möglich ist, zeigt ein genauer Blick in die vom Innenministerium vorgelegten Daten: In 26 der 50 Polizeibehörden liegt nach Berechnungen der GdP (Daten des IM zum Teil um Statistikfehler nach unten korrigiert) der Krankenstand zumindest unterhalb des Landesdurchschnitts von 17 Prozent. In acht Behörden liegt er sogar unter der 10-Prozent-Marke: Oberbergischer Kreis (2,5 Prozent), Krefeld (5,2 Prozent), LZPD (5,9 Prozent), Minden-Lübbecke (7,0 Prozent), Viersen (7,4 Prozent), Hagen (8,0 Prozent), Rheinisch-Bergischer-Kreis (9,3 Prozent), Oberhausen (9,6 Prozent).

Respekt vor den Opfern

Die 122 in NRW in Schulen und Kindergärten bestehenden Schießanlagen von Sportschützen dürfen vorerst weiter genutzt werden, sie sollen lediglich bis Ende des Jahres auf die Einhaltung notwendiger Sicherheitsmaßnahmen hin überprüft werden. Das hat Schulministerin Barbara Sommer (CDU) am 10. Juni gegenüber dem Schulausschuss des Landtags angekündigt. Ursprünglich hatte Sommer nach dem Attentat von Winnenden für deren Schließung plädiert. Es sei „schulpolitisch wünschenswert, dass Schießstände nicht in Schulen untergebracht sind“, sagte Sommer damals. Die 29 Schießanlagen, die in Turnhallen untergebracht sind, die von Schulen genutzt werden, sollen ebenfalls weiter genutzt werden.

Auch der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter hatte nach dem Amoklauf von Winnenden eine Schließung der Schießanlagen in Schulen gefordert. Das gebiete der „Respekt vor den Opfern“, erklärte Richter Ende Mai. Selbst die Schützenvereine würden heute nicht mehr auf die Idee kommen, Schießstände in Schulen zu bauen.

Dass es hier überhaupt Schießstände gibt, sei vor allem darauf zurückzuführen, dass in den sechziger Jahren mit der Umstellung der Kohle- auf Gasheizungen plötzlich viele Kellerräume leer standen. „Schießstände haben aber in Schulen und Kindergärten nichts zu suchen“, sagte Richter. „Die Chance, diesen historischen Fehler zu korrigieren, ist offenbar am Widerstand der Waffenlobby gescheitert“, bedauerte der GdP-Vorsitzende.



2010 droht erneuter Stellenabbau

Bis zur Landtagswahl 2010 will die Landesregierung die Zahl der Beschäftigten um 12 000 Stellen gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode reduzieren. Auch durch Stellenabbau bei der Polizei. Betroffen wären vor allem befristet Beschäftigte, da deren Verträge nicht verlängert werden dürfen. Die meisten davon sind Frauen.

Zur Erinnerung: Mit der Einführung des PEM-Gesetzes (Personaleinsatzmanagement) und der Gründung des Landesamtes für Personaleinsatzmanagement (LPEM) hat das Land vor zwei Jahren die Rahmenbedingungen für einen restriktiven Stellenabbau geschaffen. Jedes Jahr muss eine bestimmte Zahl von Stellen abgebaut werden. Wie viele Stellen das sind, wird zum Ende des Vorjahres in Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den anderen Ressorts festgelegt. Wie die zu erwirtschaftenden kw-Stellen (künftig wegfallend) erbracht werden, entscheidet dann das zuständige Ministerium. Nur die Tatsache, dass das Innenministerium (IM) die notwendigen kw-Stellen für 2008 und 2009 schon zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres zur Verfügung stellen konnte, hat dazu geführt, dass die nach dem PEM-Gesetz eigentlich vorgesehene Personalisierung der kw-Vermerke bei der Polizei nicht zum Greifen gekommen ist. Beigetragen hierzu hat vor allem die starke Nutzung der Altersteilzeit.

Die notwendigen kw-Stellen konnten vorab durch das freiwillige Ausscheiden älterer Kolleginnen und Kollegen erbracht werden.

Weil das entsprechende Gesetz und der Tarifvertrag zur Altersteilzeit noch bis Ende 2009 gelten, haben die Tarifbeschäftigten bis Ende dieses Jahres die Möglichkeit, Altersteilzeit (ATZ) zu beantragen. Falls genügend Beschäftigte davon Gebrauch machen, könnte deshalb auch 2010 auf Zwangsversetzungen in das LPEM verzichtet werden. Diese Möglichkeit hat das Innenministerium allerdings mit zwei Erlassen vom 27. April und vom 20. Mai 2009 regelrecht abgewürgt. Das Ministerium vertritt die Meinung, dass sogar die ATZ-Anträge von Tarifbeschäftigten abgelehnt werden können, die einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit haben, weil sie mindestens sechzig Jahre alt sind. Zur Begründung verweist das IM auf die vom Land selbst herbeigeführte Personalsituation (Stellenabbau auch durch Anreizsysteme in 2008). Dabei wird der Anschein erweckt, als ob die Al-

tersteilzeit die eigentliche Ursache für die aktuellen Personalengpässe im Tarifbereich wäre. Das ist falsch. Verantwortlich für den Personalmangel in vielen Bereichen sind die politischen Vorgaben der Landesregierung, Stellen einzusparen. Die Altersteilzeit ist nur ein sozialverträgliches Instrument, um diese Vorgabe umzusetzen.

Weil auch 2010 wahrscheinlich erneut kw-Stellen bei der Polizei zu erwirtschaften sind, bleibt die Frage: Wie viele Stellen werden das sein? Und kann 2010 – nach Auslaufen des jetzigen Altersteilzeitantrags – eine Personalisierung der kw-Stellen verhindert werden? Und: Vergibt das Innenministerium durch die aktuelle Ablehnung von ATZ-Anträgen nicht eine sinnvolle Möglichkeit, den 2010 ohnehin drohenden Stellenabbau sozialverträglich zu realisieren?

Die GdP fordert deshalb das Innenministerium nachdrücklich auf, alle Anträge auf Altersteilzeit ab dem 55. Lebensjahr zu genehmigen. Das ist in jeder Hinsicht sozialverträglicher als die sonst drohende Versetzung von Lebensjüngeren zum Landesamt für Personaleinsatzmanagement.

Wie der drohende Stellenabbau bei den Tarifbeschäftigten verhindert werden kann, wird auch eines der zentralen Themen der Landesfrauenkonferenz des GdP-Landesbezirks am 7. Oktober in Dortmund sein. Der Landesfrauenvorstand wird hierzu einen eigenen Leit Antrag vorlegen.

Mahnwache fortgesetzt

Mit zwei mehrtägigen Mahnwachen vor dem Landtag hat der Bezirk Düsseldorf Ende Mai und Ende Juni Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) noch einmal an sein Versprechen erinnert, den Tarifabschluss der Länder 1:1 auf die Beamten zu übertragen. Ende Mai waren die GdP-Aktiven mit ihrem Mahnwachenzelt vor dem Landtag sogar eigens einige Meter an die Seite gerückt, um Platz zu machen für eine am gleichen Ort geplante Demonstration der Karstadtbeschäftigten. In einem kurzen Grußwort hatte GdP-Vorsitzender Frank Richter

die Solidarität der Polizisten mit den Verkäuferinnen und Verkäufern bei Karstadt erklärt. „Auch wenn sich die Situation nicht vergleichen lässt, die Karstadtbeschäftigten kämpfen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, uns geht es um die vollständige Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten, zeigt der gemeinsame Auftritt doch, dass die Solidarität zwischen den Beschäftigten funktioniert“, erklärte Richter. „Und sie zeigt, wie wenig die Argumente der Politiker taugen, die uns dauernd mit dem Hinweis auf die Situation bei

Karstadt und Opel auffordern, den von ihnen verlangten Gehaltsverzicht klaglos hinzunehmen. Dabei wissen auch die Politiker, dass ein erneutes Sonderopfer der Beamten die Arbeitsplätze bei Karstadt nicht sicherer machen würde.“

Erfolg bei den Rüstzeiten

In dem seit Jahren schwelenden Streit um die Anerkennung der Rüstzeiten hat die GdP vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster einen ersten Teilerfolg erzielt: Weil die Münsteraner Richter eine Berufung gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen nicht zugelassen haben, nach der das „notwendige kurze Übergabegespräch zwischen den Bediensteten der aufeinanderfolgenden Dienstschichten zum regulären Dienst eines Polizeivollzugsbeamten“ gehört, ist diese Entscheidung juristisch nicht mehr anfechtbar (OVG NRW 6 A 702/08). Ob auch das An- und Abkleiden der Polizeibeamten am Schichtanfang und -ende als Dienstzeit zu werten ist, will das Oberverwaltungsgericht in Münster gesondert entscheiden. In zwei der drei bislang dazu ergangenen erstinstanzlichen Entscheidungen hatten die Verwaltungsgerichte Münster und Aachen die Frage bejaht, das Verwaltungsgericht Düsseldorf hingegen verneint. Alle drei Verfahren hat die GdP Nordrhein-Westfalen angestrengt.

Anzeige

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger

Hermann-Löns-Weg 12

51580 Reichshof

Tel.: 0 22 96-90 87 28

Fax: 0 22 96-90 89 60

E-Mail: alfred-jaeger@t-online.de



GdP INTERN

Familientag in Fort Fun

Der Freizeitpark Fort Fun im Sauerland ist am 14. August Ziel des diesjährigen Familien-Tags der GdP. Auch 2009 gibt es für GdP-Mitglieder wieder einen verbilligten Eintritt. Erwachsene zahlen statt 24,00 Euro nur 13,90 Euro für die Tageskarte, Kinder bis vier Jahre kommen sogar kostenlos in den Vergnügungspark. Für GdP-Mitglieder gibt es zudem einen Gutschein für eine Bratwurst und Softgetränk, der ab 11.00 Uhr am GdP-Grillplatz am Wellenflieger eingelöst werden kann.

Karten für den Familientag gibt es beim Service-Büro des Landesbezirks, Tel. 02 11/2 91 01 10. Für Kurzentschlossene hat am 14. August in Fort-Fun zudem eine Sonderkasse für GdP-Mitglieder geöffnet.

Mehr Infos zum Freizeitpark:
www.fort-fun.de

Wir sind die GdP



Vier Jahre ist die Junge Gruppe in Bochum alt. Gegründet von einigen Polizeianwärterinnen und -anwärtern, zählen inzwischen zehn Aktive dazu. Dass fast alle bei der Einsatzhundertschaft arbeiten, sieht der Vorsitzende der Jungen Gruppe der Ruhrgebietsstadt, Stefan Pütter, 26, nicht als Nachteil. Ganz im Gegenteil. „Es ist doch normal, dass viele nach der Ausbildung erst einmal in die Hundertschaft gehen. Außerdem wissen wir selbst am besten, wo im realen Leben der Schuh drückt.“ Ein Wissen, das die Bochumer nutzen wollen, um Einfluss auf die Entscheidungen in den Behörden zu nehmen. Die Ausstattung mit Einsatzmitteln, eine bessere Verpflegung, die Gewalt in den Stadien und das Streichen des Erlassfrei stehen für sie aktuell ganz oben auf der Tagesordnung. Aber auch das Organisieren von Events, wie zum Beispiel Seminare für Einsteiger nach der Ausbildung. Oder eine Neuauflage des Volleyball-Turniers vom vergangenen Jahr, an dem sich immerhin 16 Teams beteiligten hatten.

Um an den Arbeitsbedingungen der jungen Polizeibeamten etwas zu verändern, ist Stefan Pütter (dritter von links) Anfang Juni gemeinsam mit seinen Kollegen Lars Korpeter, Lukas Zaprawa und Philipp Kurz Anfang Juni zum Bepo-Seminar der GdP nach Lennestadt gefahren. Die Bochumer haben das Seminar genutzt, um sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten auszutauschen, aber auch um mit Entscheidungsträgern bei der Polizei über die eigenen Erfahrungen zu diskutieren. Einer ihrer Forderungen lautet: Die Dauerbelastungen der Hundertschaften muss gerechter verteilt werden. „Viele fahren gerne zu einem auswärtigen Einsatz, auch wegen des Zusammenhalts im Team“, meint Stefan Pütter, „aber nicht, wenn es kein freies Wochenende mehr gibt“.

GdP aktiv

8. und 9. 7., Elspe-Festival, verbilligter Eintritt für GdP-Mitglieder zu den Karl-May-Festspielen, Lennestadt, Anmeldung: Festspielbüro, Tel. 0 27 21/9 44 40

17. 7., GdP-Sommertreff Movie Park Bottrop, verbilligter Eintritt für GdP-Mitglieder, Infos und Anmeldung: GdP-Servicebüro, Tel. 02 11/2 91 01 10

18. 7., 12.00 Uhr, Kreisgruppe Hamm, Kinotag mit Harry-Potter-Filmen, Cinemaxx Hamm, Infos und Karten: Werner Semsler, Tel. 0 23 81/9 16 22 42.

3. 8., Einsendeschluss für Anträge für die Landesseniorenkonferenz 2009.

Frauenstimmrecht

Der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter hat sich in einem persönlichen Schreiben an den DGB-Bereichsvorsitzenden Guntram Schneider dafür eingesetzt, das Sitz- und Stimmrecht der Frauenvertreterinnen in den Bezirksvorständen des DGB zu erhalten. Hintergrund der Initiative sind Überlegungen des DGB, im Zusammenhang mit der geplanten Strukturreform die DGB-Gremien radikal zu verkleinern. Der Sparbetrag, der durch die Streichung des Vertretungsrechts der Frauen erzielt werde, sei allenfalls marginal, hieß es in dem Schreiben an den DGB, und deshalb verzichtbar.



Zu einem Meinungsaustausch hat am 4. Juni Landeskriminaldirektor Rolf Behrendt die GdP-Geschäftsstelle in Düsseldorf besucht. Schwerpunkte des zweistündigen Gesprächs mit den Mitgliedern des Landesfachausschusses Kriminalitätsangelegenheiten waren die Stellenbewertung der IT-Beweissicherung, Stand und Entwicklung eines neuen Vorgangsbearbeitungssystems und die Situation des höheren Dienstes in der Kriminalpolizei. Die Kontakte sollen durch weitere Treffen vertieft werden.



Schutz gegen Schweinegrippevirus

Anfang Mai hat der Landesfachausschuss Wach- und Wechseldienst die Deutschland-Zentrale von 3M in Neuss besucht, um sich über Möglichkeiten der Pandemievorsorge zu informieren. Ein Zeitpunkt, der kaum besser gewählt sein konnte, denn nur wenige Tage später, am 11. Juni, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für den neuen Schweinegrippenvirus die Warnstufe 6 ausgerufen. Seither gilt der Virus als Pandemie.

Noch besteht kein Anlass zur Panik, die bislang in Deutschland aufgetretenen Influenza-Fälle gelten als gut behandelbar. Trotzdem: Allein in Düsseldorf sind bis zum Zeitpunkt der WHO-Entscheidung bereits 36 Influenza-Fälle bekannt geworden. Auch für die Polizei heißt es deshalb vorbeugen, damit sich nicht bei einer plötzlichen, explosionsartigen Verbreitung des neuen Grippevirus ganze Polizeiwachen gleichzeitig krank melden.

Eine der wichtigsten Maßnahmen: Auf den Virus muss die Polizei vorbereitet sein, bevor der Virus sich ausbreitet. In

den einzelnen Behörden sollten deshalb detaillierte Pläne bereit liegen, welche Schutzmaßnahmen bei einer Pandemie notwendig sind, um zum Beispiel die Zahl der Kontaktmöglichkeiten mit bereits erkrankten Virusträgern zu reduzieren. Weil Polizisten auch in einem Pandemie-Fall nicht einfach zu Hause bleiben können, ist die Ausstattung mit persönlichen Schutzmitteln besonders wichtig.



Die GdP gratuliert zum

90. Geburtstag

- 10. 7. Anna Bürger, Bottrop
- Herbert Flaeschel, Geilenkirchen
- 13. 7. Ursula Tretschok, Mendig
- 15. 7. Magda Bollermann, Nettetal
- Heinrich Palmer, Münster
- 17. 7. Ursula Haelbig, Emmerich
- Irmgard Küppers, Remscheid
- 22. 7. Ottilie Enderlein, Köln
- 23. 7. Lieselotte Odrian, Kaarst

91. Geburtstag

- 15. 7. Gertrud Keggenhoff, Soest
- 29. 7. Friedrich Hohenstein, Warburg
- 31. 7. Hubert Ruhnau, Bonn

92. Geburtstag

- 6. 7. Alfred Biskup, Wuppertal
- 15. 7. Heinz Meschede, Bad Lippspringe
- 16. 7. Maria Coenen, Hückelhoven
- 31. 7. Liselotte Lange, Dortmund

93. Geburtstag

- 7. 7. Anton Krawinkel, Pulheim
- Hedwig Theusz, Dortmund
- 8. 7. Johannes Kuhr, Mönchengladbach
- 19. 7. Meta Berger, Gelsenkirchen

29. 7. Anneliese Bracke, Bad Laasphe

94. Geburtstag

- 10. 7. Marianne Ingendahl, Siegburg
- 25. 7. Hermann Hartwig, Köln
- 29. 7. Wilma Birkemeyer, Essen
- 30. 7. Grete Roland, Eisenberg

95. Geburtstag

- 12. 7. Bernhard Schulz, Krefeld
- 13. 7. Elfriede Gorski, Lünen

96. Geburtstag

- 3. 7. Gertrud Kadereit, Köln
- 12. 7. Herbert Leder, Gescher
- 14. 7. Martin Frank, Gelsenkirchen
- 23. 7. Anna Wilhelmine Broeskamp, Münster
- Hans Stülpner, Hagen

98. Geburtstag

23. 7. Friedrich Richter, Dortmund

101. Geburtstag

19. 7. Erna Jurowski, Paderborn

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bodo Andrae
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe ist der 8. Juli.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**
in Kurzfassung - Juli 2009



Jahresabschlussfahrt mit Programmvorstellung 2010 - Frühbucherpreis bis 31.07.2009 -



29. November - 2. Dezember 2009

MS Bellissima****

Köln - Bonn - Koblenz - Cochem - Köln

**Gönnen Sie sich Ihre persönliche "Aus-Zeit" um
tief durchzuatmen, Ruhe und Besinnlichkeit einer
Fluss-Kreuzfahrt zu erleben, mit uns das Reisejahr 2010
zu entdecken und alte Freunde zu treffen!**

**Reisepreis pro Person
ab € 239,-**

**inklusive 3 Übernachtungen in der gebuchten Kabine,
Vollpension, Begrüßungscocktail, Kapitänsdinner,
Unterhaltungsprogramm u.v.m.**

**Wir würden uns freuen, Sie an Bord persönlich begrüßen zu dürfen!
Bitte fordern Sie weitere Informationen bei uns an!**

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf

Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 • www.gdp-service-nw.de • pinguin@gdp-service-nw.de

Junge Gruppe goes studiVZ



Noch zwei Monate, dann beginnt an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung der zweite Jahrgang des neuen Bachelorstudiengangs. Wie komme ich erfolgreich durchs Studium? Wie kann ich mich gezielt auf Klausuren und Fachgespräche vorbereiten? Und vor allem: Wie finde ich Freunde, mit denen ich in der Freizeit was zusammen machen kann? Wer von den künftigen Studentinnen und Studenten nicht bis Studienbeginn am 1. September warten will, sondern sich schon jetzt über Details des Studiengangs informieren oder erste Kontakte zu anderen Studenten aufnehmen will, kann dazu den Internetauftritt der Jungen Gruppe bei studiVZ nutzen. Einfach anmelden unter www.studiVZ.de und los geht's. Der Vorteil der eigenen studiVZ-Plattform der Jungen Gruppe: Hier schreiben Insider für Insider. Hier können die Neuen von den Erfahrungen der älteren Semester profitieren. Mit wenigen Mausklicks lassen sich Vorlesungsskripte und Prüfungsfragen austauschen, Fahrgemeinschaften oder ein gemeinsamer Kinoabend organisieren. Auch Infos über die Polizeibehörden, in denen die Studenten ihre Praktikaphase absolvieren werden, und der Kontakt zu den dort arbeitenden GdP-Kolleginnen und -kollegen lassen sich über die Internetplattform schnell organisieren. Ein Vorteil, wenn ich im Voraus wissen will, was in

der nächsten Phase der Ausbildung auf mich zukommt. Oder wenn ich GdP-Kolleginnen und Kollegen vor Ort suche, die mir bei Fragen und Problemen während der Ausbildung zum Polizeibeamten gezielt weiter helfen. Den eigenen Internetauftritt der Jungen Gruppe der GdP bei studiVZ gibt es seit einem Jahr. Mehr als 200 Bachelorstudentinnen und -studenten haben bereits ihr persönliches Profil auf die Seite gestellt, beteiligen sich an Foren und Debatten und beantworten die Fragen der anderen Communitymitglieder. Oder gucken einfach nur nach, wo die nächste Party läuft.

Werbeaktion 2009

Glücksnummern des Monats

45 16774
Simon Heyer, Duisburg
45 96990
Bernd Gather, Bochum
45 95920
Herwart Güttner, Recklinghausen
45 00591
Dominik Drewlo, Hamm

Die Gewinner erhalten einen Lorry Bag Jolly.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Bielefeld

7. August, 14.30 Uhr, Besichtigung des Bauernhausmuseums in Bielefeld, Anmeldung: Wolfgang Böhnke, Tel. 05 21/44 03 91

Kreisgruppe Heinsberg

20. August, Jahresausflug der Seniorengruppe zur Ruhrmetropole Essen, mit Fahrt über den Baldeneysee und Besuch des Gruga-Parks, Anmeldung und Infos: Klaus Labahn, Tel. 0 24 31/58 80

Kreisgruppe Minden-Lübbecke

9. Juli, 15.00 Uhr, Treffen der Seniorengruppe mit Wahl des Vorsitzenden, Johanniskirchhof, Minden

Kreisgruppe Soest

13. Juli, 15.00 Uhr, Seniorenstammtisch, Stadtparkcafé, Im Stadtpark 1, Soest

Kreisgruppe Wesel

6. Juli, 15.00 Uhr, neuer Seniorenstammtisch der Kreisgruppe, ab jetzt an jedem ersten Montag im Monat, AWO Moers-Kapellen, Ehrenmalstr. 2

Kreisgruppe Wuppertal

14. Juli, 14.30 Uhr, Bericht von Peter Vorsteher zur gewerkschaftspolitischen Situation, Polizeiwache Wuppertal-Langerfeld, Schwelmer Str. 15a (Hintereingang)

NACHRUF

Bertram, Antonie	2. 10. 1920	Höxter	Marschall, Franz-Josef	25. 7. 1925	Essen
Böhme, Karola	13. 12. 1920	Oberhausen	Mengede, Heinz	6. 7. 1925	Gelsenkirchen
Bramenkamp, Günter	13. 11. 1924	Wuppertal	Oeben, Olga	21. 3. 1912	Essen
Brand, Auguste	5. 4. 1912	Lippe	Olders, Josef	26. 2. 1926	Viersen
Eisel, Josef	14. 3. 1925	Essen	Overhoff, Gerda	1. 11. 1909	Hagen
Frase, Günter	18. 9. 1928	Bochum	Pütz, Arnold	24. 1. 1923	Köln
Galler, Karl Hans	2. 10. 1938	Wesel	Rinsche, Stefanie	24. 1. 1977	Bochum
Gill, Maria	22. 10. 1922	Köln	Rohde, Ruth	9. 3. 1930	Autobahnpolizei Düsseldorf
Günther, Heinrich	2. 12. 1925	Euskirchen	Scharnweber, Christine	2. 8. 1923	Düsseldorf
Hager, Rolf Dieter	24. 5. 1938	Rheinisch-Bergischer Kreis	Schmiereck, Hubert	5. 6. 1923	Mülheim
Hassenpflug, Lothar	16. 11. 1927	Märkischer Kreis	Schmitz, Anna	19. 11. 1923	Wuppertal
Heger, Antonie	24. 3. 1918	Düsseldorf	Schroer, Hildegard	30. 10. 1922	Essen
Hingst, Eckhard	17. 8. 1932	Recklinghausen	Schülke, Gerhard	10. 4. 1922	Bochum
Horsthemke, Helmgard	20. 10. 1935	Gütersloh	Schweichler, Uwe	20. 2. 1947	Münster
Hunt, Willibald	30. 1. 1937	Dortmund	Siegmund, Herbert	31. 10. 1930	Märkischer Kreis
Janz, Ernst	21. 9. 1929	Coesfeld	Stade, Kurt-Adolf	8. 10. 1929	Herford
Knauf, Gertrud	31. 10. 1916	Hagen	Stuckart, Wilhelm	30. 4. 1923	Gelsenkirchen
Lukat, Bernd	6. 3. 1959	Bochum			

